

Eine Debatte über die Vermögensabgabe.

In der Oesterreichisch-politischen Gesellschaft.

In der Oesterreichisch-politischen Gesellschaft fand gestern eine Debatte über die Vermögensabgabe statt, in der zunächst Reichsrats-Abgeordneter Dr. Steinwender seine Anschauungen über die Vermögensabgabe entwickelte. Das Programm Steinwenders ist bekannt: er unterscheidet zwischen der objektiven und der subjektiven Veranlagung der Steuer. Damit die Steuer wirksam sei, muß sie das Objekt ergreifen. Damit sie gerecht sei, muß sie progressiv sein; wer reicher ist, muß einen höheren Prozentsatz zahlen. Es muß also eine objektive Veranlagung erfolgen, damit möglichst alles getroffen wird; im Wege der subjektiven Veranlagung soll dann der Progression Rechnung getragen werden, indem das Ergebnis der objektiven Vermögensbesteuerung mit dem subjektiven Steuersatz verglichen wird. Objektiv am leichtesten läßt sich das mobile Kapital treffen. Banknoten werden gegen ein ermäßigtes Nominale umgetauscht, nach demselben Maße werden von Bankguthabungen, Geldanleihen und von verbrieften Forderungen Quoten für den Staat abgezogen; Hypothekarforderungen werden besteuert durch Abtretung eines Teiles der Hypothek; Staatsobligationen durch Abstampfung; Aktien- und Gesellschaften mit beschränkter Haftung durch Ausstellung neuer Aktien und Anteile. Dagegen sind Grundstücke und Häuser zu schätzen, und zwar nach dem Ertragswerte. Baugründe, Jagdgebiete und alle Arten von Zugubeseß sind nach dem Verkehrswert zu besteuern. Unternehmungen werden nach dem kapitalisierten Ertrage geschätzt. Nach Ansicht Steinwenders soll landwirtschaftlicher und Hausbesitz mit 4 Prozent, Unternehmungen mit 10 Prozent kapitalisiert werden. Auch Haushaltungsgegenstände, Möbel, Kleider, Wäsche, Teppiche, Schmuckgegenstände, Gegenstände aus Edelmetall sind zu schätzen. In den Mittelpunkt seines Steuerprogramms stellt Dr. Steinwender die Aktie, der gegenüber alle anderen Besitztitel bevorzugt werden müßten. Bei der Erfassung des Subjektes werde mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden müssen, damit jedermann herangezogen werde. Dr. Steinwender kommt auf die Differenzierung Dr. Ellingers von vorläufiger und definitiver Besteuerung zu sprechen, hält diese Unterscheidung für sehr wichtig und ist der Meinung, daß schon jetzt eine solche vorläufige Erhebung einer Vermögensabgabe vorbereitet werden möge. Zu diesem Zwecke schlägt Dr. Steinwender die Errichtung eines Zentralamtes in Wien für die Vorbereitung der Vermögensabgabe vor, analoge Ämter sollten auch in der Provinz errichtet werden, und sie würden ihre Ergänzung in Provinzkommissionen finden. Diese Organisation soll dazu dienen, provisorische Schätzungen vorzunehmen, und auf Grundlage derselben könnte die Steuer, die möglichst progressiv sein müßte, zu einem Teile eingehoben werden. Den wahrscheinlichen Ertrag der Vermögensabgabe nach seinen Plänen taxiert Dr. Steinwender mit dreißig Milliarden Kronen. Die unerläßliche Voraussetzung für die Erhebung einer solchen Steuer aber sei, daß die Zivilverwaltung, vor allem aber die Militärverwaltung sich ihrer Verpflichtung zur denkbar größten Sparsamkeit bewußt werden. Diejenigen, die in erster Linie durch die neuen Steuern in Mitleidenschaft gezogen würden, müßten die Ueberzeugung gewinnen, daß die Opfer, die ihnen auferlegt werden, nicht vergeblich gebracht sind, daß sie mit diesen Opfern das große staatsfinanzielle Ziel, das allen vor Auge schwebt, erreichen. Unter dieser Voraussetzung, daß nämlich die Steuerzahler Ursache haben, zu glauben, daß ihre Opferwilligkeit nicht zwecklos sei, würde auch seitens der Betroffenen kein Widerstand zu besorgen sein, dies um so weniger, als mit der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Hebung des Geldwertes eintreten müsse, die mehr ausmachen werde als die Opfer, die sie gebracht. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Direktor-Stellvertreter Wilhelm König polemisiert gegen Dr. Steinwender. Redner führt u. a. aus, daß Doktor Steinwender auf die moralische Seite der Besteuerung großen Wert lege und daher gegen eine weitere Belastung der großen Massen aufstrebe. Es frage sich nur, ob die großen Massen mehr durch eine Erhöhung der indirekten Steuern oder durch eine die Industrie, die gesamte Volkswirtschaft gefährdende Steuerpolitik benachteiligt würden! (Lebhafter Beifall.) Und eine solche schwere Beeinträchtigung der gesamten Volkswirtschaft würde die Verwirklichung des Steinwenderschen Programms bedeuten. Wenn man bedenkt, welche Umwälzung eine Kriegsanleihe von vier Milliarden Kronen in der ganzen Finanzwirtschaft hervorrufe — wie könne man sich da die Finanzierung der dreißig Milliarden Kronen recht vorstellen, die nach Steinwender die Vermögensabgabe erbringen soll. Dr. Steinwender habe der Industrie heute einiges Entgegenkommen gezeigt. Man müsse es aber doch aussprechen, daß es nur der Industrie zu danken sei, wenn die Kriegslage eine so günstige ist. Dr. Steinwender erkläre mit seinem Programm die Aktie für beklaffert, für ein weniger honoriges Objekt, das schärfer besteuert werden müsse. Vor solchen „moralischen“ Anschauungen in Steuerdingen müsse man warnen. Zweck der Besteuerung könne nur ein möglichst günstiger finanzieller Erfolg, niemals aber die Verfolgung des mobilen Kapitals sein. Wie immer man das Steuerhulst zusammensehe, mehr als das Volkseinkommen bringe man doch nicht heraus. Was die Produktion brauche, sei Ruhe und Stabilität. (Lebhafter Beifall.) Die Hauptaufgabe nach dem Kriege werde sein, die Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft zu organisieren, die Produktion zu heben, mit einem Worte: zu arbeiten. Und